

Erschienen in: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg., 2011): *VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus*, Hamburg, S. 78-93.

Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise

Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse

Ulrich Brand und Markus Wissen¹

1. Zum Verhältnis von ökonomischer und ökologischer Krise – Einleitung

In kapitalistischen Gesellschaften sind ökonomische Krisen besonders relevant, da mächtige Gruppen und insbesondere Klassen – das Kapital und seine Fraktionen, aber auch die Lohnabhängigen und ihre Interessenvertretungen – um ihre Reproduktionsgrundlagen bangen müssen. Sie kämpfen um Verwertungsmöglichkeiten oder um Lohnarbeitsplätze sowie um gesellschaftliche Stabilisierung und Planbarkeit, damit die Reproduktion zumindest mittelfristig gesichert ist. Dennoch scheint uns ein Verständnis verkürzt, demzufolge „eine Krise das Gewohnte aus den Halterungen reißt“ und sie eine Aufforderung darstelle, „die Kräfte zu reorganisieren“ (Haug 2010: 2121). Dies trifft für die aktuellen Erscheinungsformen der ökologischen Krise zumindest in den Gesellschaften des globalen Nordens nur begrenzt zu.² Die objektive Dramatik des Klimawandels und die Radikalisierung des ökologischen Protests, wie sie etwa bei der 15. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) im Dezember 2009 in Kopenhagen oder beim Castor-Transport im November 2010 sichtbar wurde, erreichen im Gegensatz zu den Folgen der ökonomischen Krise und der vorherrschenden Formen ihrer Bearbeitung kaum die Alltagsebene der Menschen im globalen Norden. Trotz des Zusammenhangs der verschiedenen Krisenphänomene, auf den die Rede von der „multiplen Krise“ verweist, und trotz des Klassen- und vergeschlechtlichten Charakters der ökologischen Krise weist deren Verlauf offensichtlich eine spezifische Dynamik auf, die sie von anderen Krisenphänomenen unterscheidet. Gleichzeitig wirkt die Spezifik der ökologischen Krise auf den Verlauf und die Bearbeitung der Wirtschafts- oder der Energiekrise zurück.

¹ Wir danken den vier HerausgeberInnen des Sammelbandes herzlich für ihre sehr detaillierten Kommentare und Nachfragen. Einige unserer Argumente haben wir dadurch geschärft, andere müssen wir noch weiter durchdenken und, gemeinsam mit anderen, diskutieren.

² Die Begriffe „globaler Norden“ und „globaler Süden“ sind keine geographischen Bezeichnungen (China und Russland liegen ja auch im geographischen Norden), sondern deuten die weltpolitische und -wirtschaftliche Stellung einzelner Gesellschaften an, wobei es in den Gesellschaften des globalen Nordens auch sehr arme und politisch einflusslose Regionen gibt und in denen des globalen Südens sehr wohlhabende und mächtige (die Dependenztheorie prägte für Letztere den Begriff der „Brückenköpfe“). Zudem manifestiert sich soziale Ungleichheit im Norden wie im Süden in kleinräumigeren Maßstäben bis hinunter zur Stadtteilebene. Schließlich hat sich der globale Süden durch den ökonomischen und politischen Aufstieg der Schwellenländer selbst erheblich ausdifferenziert.

Im Folgenden wollen wir versuchen, das Verhältnis von Kontinuität und Bruch in der aktuellen multiplen Krise aus einer sozial-ökologischen Perspektive näher zu bestimmen. Dazu führen wir einen Begriff ein, der uns aus (gegen-)hegemonietheoretischer Sicht wichtig erscheint, nämlich jenen der imperialen Lebensweise. Bei dieser handelt es sich nicht einfach um einen von unterschiedlichen sozialen Milieus praktizierten Lebensstil, sondern um herrschaftliche Produktions-, Distributions- und Konsummuster, die tief in die Alltagspraktiken der Ober- und Mittelklassen im globalen Norden und zunehmend auch in den Schwellenländern des globalen Südens eingelassen sind. Mit dem Konzept der imperialen Lebensweise, so unsere These, kann erstens der (scheinbare) Widerspruch erklärt werden, dass es einerseits zu einer realen und gesellschaftlich breit anerkannten Zunahme der Krisenphänomene gesellschaftlicher Naturverhältnisse kommt, andererseits die gesellschaftspolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Krisenphänomene aber unzureichend sind. Anders gesagt: Obwohl die ökologische Krise in jüngerer Zeit durchaus politisiert worden ist und auch im herrschenden Diskurs als Problem wahrgenommen wird, scheinen sich die ihr zugrunde liegenden Produktions- und Konsummuster – mit staatlich-politischer Unterstützung – zu verfestigen und global zu verallgemeinern. Diese Verallgemeinerung bedeutet nicht, dass alle Menschen gleich leben, sondern dass es eine Art breit akzeptierter Entwicklungslogik gibt, die sich wiederum in Strukturzwänge und Handlungsdispositive einschreibt. Die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse muss folglich in engem Zusammenhang mit strukturierten sozialen Macht- und Kräfteverhältnissen und der grundlegenden Krisenhaftigkeit kapitalistischer Gesellschaften verstanden werden. Zweitens geraten aus einer solchen Analyseperspektive einige der in kritischen Krisendiagnosen weniger beachteten Gründe dafür in den Blick, dass sich in der multiplen Krise in emanzipatorischer Hinsicht „so wenig tut“, dass also die nicht zu leugnende Funktionskrise des finanzgetriebenen Kapitalismus sich bislang nicht in eine Legitimationskrise übersetzt hat.

Unser Beitrag gliedert sich folgendermaßen: Im zweiten Abschnitt beschäftigen wir uns mit dem Begriff der Lebensweise und grenzen diesen vom regulationstheoretischen Konzept der Entwicklungsweise ab. Daran anschließend analysieren wir im dritten Abschnitt den imperialen Charakter der Lebensweise des globalen Nordens. Im vierten Abschnitt schlagen wir eine hegemonietheoretische Erklärung für die Gleichzeitigkeit von Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse vor, deren Kern das Konzept der imperialen Lebensweise bildet. Zuletzt setzen wir uns im fünften Abschnitt kritisch mit einigen derzeit diskutierten Alternativen zur (bzw. im Rahmen der) imperialen Lebensweise auseinander.

2. Lebensweise und Entwicklungsweise

Eine zentrale regulationstheoretische Kategorie ist die der „Entwicklungsweise“. Sie bezeichnet die temporäre Kohärenz zwischen der historischen Entwicklung der Produktions- und Distributionsmuster einerseits und der Konsummuster andererseits, die ein Akkumulationsregime konstituieren. Kapitalistische Dynamik und Hegemoniefähigkeit sind besonders – nicht ausschließlich – dann gegeben, wenn sich ein „stabiles“ Akkumulationsregime herausbildet. Akkumulationstheoretisch gesprochen müssen die unterschiedlichen Abteilungen des Produktionsprozesses (Produktionsgüterindustrie, Konsumgüterindustrie) und die dort vorherrschenden Normen mit den Bedingungen des Endverbrauchs mehr oder weniger kompatibel bzw. müssen „kleine Krisen“ bearbeitbar sein. Um ein Beispiel zu nennen: Die global in einem brutalen Konkurrenzkampf stehende Automobilindustrie muss sich in Forschung und Entwicklung sowie in der Absatzplanung in etwa auf eine globale Nachfrage einstellen, die erst im Moment des Verkaufs relevant wird. Es kommt zu Überkapazitäten, die wir gegenwärtig beobachten können, und zu Kapitalvernichtung.

Der regulationstheoretische Begriff des Konsummusters und der Konsumnorm verweist also nicht lediglich auf den Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen (bei Fortdauer von Subsistenzproduktion, die – mit erheblichen räumlichen Unterschieden – einen wichtigen Beitrag auch zur Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften leistet), sondern auf eine dynamische Entwicklungsweise, deren materielle Dimension soziales Dasein und soziale Verhältnisse wie Ernährung, Wohnen und Mobilität, Lohnarbeit und andere gesellschaftlich notwendige Arbeiten, Freizeit, das Öffentliche im weiteren und das Politische im engeren Sinn sowie Kollektivität, Familiarität und Individualität strukturiert. Der konkreten Ausgestaltung der Entwicklungsweise liegen historische Erfahrungen sowie soziale Auseinandersetzungen und Kompromisse zugrunde, die sich in technologischen Entwicklungen und institutionell verfestigen.

Unser Konzept der Lebensweise übernimmt die regulationstheoretischen Begriffe des Produktions- und Konsummusters. Es lehnt sich ferner an das Konzept der Entwicklungsweise an. Allerdings unterscheidet es sich von letzterem insofern, als es der Mikroebene der Alltagspraktiken und des Alltagsverstands mehr Gewicht beimisst. Diese sind zwar auch im Begriff der Entwicklungsweise enthalten, allerdings werden sie von den Regulationstheoretikern selbst selten explizit gemacht. Das heißt, sie werden kaum als eigenständige Größe der Verallgemeinerung bestimmter Konsummuster und der Schaffung der Bedingungen bestimmter Produktionsmuster thematisiert, sondern primär in ihrer Funktionalität bzw. Dysfunktionalität für die Herstellung makroökonomischer Kohärenz wahrgenommen.³ Wichtig für unser Argument ist die Annahme, dass sich in bestimmten historischen Phasen und aufbauend auf einer Kohärenz

³ Vgl. die Kritik des Regulationsansatzes bei Thomas Barfuss (2002: 30): „Der Regulationsbegriff setzt als Zugriffsort eine Abstraktionshöhe voraus, die singuläre Phänomene aus Film, Werbung, Literatur oder Alltagskultur nicht ins Bild kommen lässt, ohne sie in allzu pauschalisierender Weise auf ein spezifisches Akkumulationsregime zu beziehen.“

zwischen Produktions- und Konsummustern eine *hegemoniale*, das heißt breit akzeptierte, institutionell abgesicherte und in den Alltagspraktiken der Menschen tief verankerte Lebensweise herausbilden kann, die mit bestimmten Vorstellungen von Fortschritt einhergeht: Computer müssen immer leistungsfähiger, Nahrungsmittel sollen billiger werden – ganz ungeachtet der sozialen und ökologischen Bedingungen, unter denen sie produziert werden.

Produktions- und Konsummuster, die in bestimmten Regionen oder Ländern hegemonial werden, können sich „kapillar“ und gebrochen sowie mit erheblichen raum-zeitlichen Unterschieden global verallgemeinern. Das hängt mit konkreten Unternehmensstrategien, Handels-, Investitions- und Geopolitiken, aber auch mit Kaufkraft und Vorstellungen einer attraktiven Lebensweise in den Gesellschaften zusammen, in die die Produktions- und Konsummuster über den Weltmarkt diffundieren. Die imperiale Lebensweise verallgemeinert sich vermittelt über räumlich spezifische Klassen und Geschlechterverhältnisse sowie entlang von ethnischen bzw. ethnisierten Linien. Sie prägt sich deshalb räumlich unterschiedlich aus. Mit „Verallgemeinerung“ meinen wir nicht, dass alle Menschen gleich leben, sondern dass bestimmte Vorstellungen von „gutem Leben“ und gesellschaftlicher Entwicklung existieren, die tief verankert sind. Neben räumlichen Unterschieden in der Ausprägung der imperialen Lebensweise (etwa zwischen dem globalen Süden und dem globalen Norden) existieren folglich auch erhebliche soziale Unterschiede. Zwar wird, wie wir weiter unten noch zeigen werden, die Bearbeitung sozialer Widersprüche im globalen Norden durch die Externalisierung der ökologischen Kosten, die bei der Reproduktion der Arbeitskraft anfallen, erleichtert. Gleichzeitig weisen die der imperialen Lebensweise zugrunde liegenden Konsummuster aber eine deutliche Klassenspezifität auf.

3. Der imperiale Charakter der Lebensweise des globalen Nordens

Die imperiale Lebensweise war bereits Teil der Kolonialisierung ab dem 16. Jahrhundert und des liberal-kapitalistischen Weltsystems des 19. Jahrhunderts, beschränkte sich in diesen Perioden jedoch auf die oberen Klassen, d.h., sie war nicht in dem Sinne hegemonial, dass sie die Reproduktion der Bevölkerungsmehrheit und damit deren Alltagspraktiken prägte. Erst mit der Entwicklung des Fordismus werden die gesellschaftlichen Naturverhältnisse und damit die Lebensweise breitenwirksam im oben skizzierten Sinn verändert. Die kapitalistischen Naturverhältnisse verankern sich über die imperiale Lebensweise gleichsam in den Alltagspraktiken einer Bevölkerungsmehrheit im globalen Norden.

Die tayloristische Umwälzung der Arbeitsorganisation und die damit einhergehenden Produktivitätssteigerungen in den kapitalistischen Zentren waren eine Grundlage der fordistischen Entwicklungsweise, die andere war, dass die Reproduktion der Lohnabhängigen selbst immer stärker durch Waren gewährleistet wurde, etwa die Mobilität durch das Automobil,

die Ernährung durch industriell gefertigte Produkte oder das Wohnen im Einfamilienhaus. Durch die wachsende Produktivität verringerten sich die Kosten für Konsumgüter und damit für die Reproduktion der Arbeitskraft. An der steigenden Mehrwertmasse partizipierten die Lohnabhängigen durch Reallohnsteigerungen, die über den fordistischen Klassenkompromiss vermittelt waren. Technologische Innovationen in den Bereichen Chemie, Landwirtschaft, Telekommunikation, Maschinenbau, Elektronik und Transport waren grundlegende Elemente der fordistischen Dynamik mit jeweils spezifischen Implikationen für die gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Das Automobil und das mit industriell gefertigten Gütern ausgestattete Eigenheim, samt ihrer Absicherung durch staatliche (Infrastruktur- und Sozial-)Politiken oder durch das Kreditsystem, waren die hegemonialen Orientierungen fordistischer Produktion und fordistischen Konsums.

„Imperial“ ist die Lebensweise des globalen Nordens insofern, als sie einen prinzipiell unbegrenzten – politisch, rechtlich und/oder gewaltförmig abgesicherten – Zugriff auf Ressourcen, Raum, Arbeitsvermögen und Senken andernorts voraussetzt. Die Produktivitäts- und Wohlstandsentwicklung in den Metropolen basierte auf einer für diese sehr vorteilhaften Welt-Ressourcenordnung (Alt Vater 1992). Das immense Wachstum während des Fordismus setzte die starke Vernutzung fossiler Rohstoffvorkommen (Kohle und zunehmend Erdöl) und der globalen Schadstoffsenken⁴ voraus. Wichtig war ein ständiger relativer Überfluss an preisgünstigen natürlichen Ressourcen auf den Weltrohstoff- und Weltagrarmärkten. Die militärische und politische Dominanz der USA bewirkte eine relative Stabilisierung der weltpolitischen Verhältnisse, die sich auch in dem geregelten Zugriff auf billige Ressourcen wie Erdöl niederschlug.

In der Folge der Krise des Fordismus bildete sich in einem umkämpften Restrukturierungsprozess seit den 1980er Jahren eine postfordistische Entwicklungsweise heraus. Wenn der Fordismus zuvorderst als eine Form der intensiven Akkumulation verstanden werden kann, die über die permanente Intensivierung des Arbeitsprozesses eine Steigerung des relativen Mehrwert ermöglichte, wurden seit den 1980er und dann insbesondere seit den 1990er Jahren extensive Akkumulationsweisen in Form der Ausweitung der Arbeitszeit, vor allem aber durch die weltweite Vergrößerung der Anzahl der Lohnabhängigen in Ländern wie China, wieder wichtiger (Sablowski 2009). Neue Produktionsmodelle und eine sich verändernde internationale Arbeitsteilung, eine Transformation des Staates zum internationalisierten Wettbewerbsstaat, ein von vielen Gewerkschaften akzeptierter Wettbewerbskorporatismus und sich verändernde gesellschaftliche Sozialstrukturen und Subjektivitäten sind weitere Stichworte dieser Umbauprozesse, deren strategischer Kern als Neoliberalisierung der Gesellschaft –

⁴ Als Senken werden Ökosysteme bezeichnet, die in der Lage sind Emissionen zu absorbieren, also z.B. Wälder und Ozeane im Falle von CO₂.

konservativ und sozialdemokratisch flankiert – bezeichnet werden kann (Candeias/Deppe 2001).

Entscheidend für unser Thema ist, dass es zu einer Vertiefung der imperialen Lebensweise in zweifacher Richtung kam: Zum einen wurde der Zugriff auf die globalen Ressourcen und Arbeitskräfte über den Weltmarkt restrukturiert und intensiviert. Das hängt zum einen damit zusammen, dass die für den Fordismus prägenden fossilistischen Konsummuster die Fordismuskrise nicht nur unbeschadet überstanden, sondern sogar noch intensiviert wurden. Der in den 1990er Jahren verbreiteten Rede von der „Virtualisierung“ der Ökonomie zum Trotz sind etwa die modernen Kommunikationstechnologien außerordentlich ressourcenintensiv – nicht nur im Hinblick auf den Stromverbrauch, sondern auch im Hinblick auf die Materialien, die für ihre Herstellung verwendet werden und zum großen Teil aus dem globalen Süden stammen. Zum anderen kommt es in einigen Ländern wie China oder Indien selbst zur Herausbildung von großen Ober- und Mittelklassen, die sich an der „westlichen“ Lebensweise orientieren (in einigen Ländern Lateinamerikas war das bereits ein Phänomen während des Fordismus).

Wenn wir die fordistische und postfordistische Lebensweise als „imperial“ bezeichnen, dann wollen wir nicht die machtvollen, auf offener oder struktureller Gewalt auf ruhenden Strategien leugnen oder gering schätzen, die spätestens im Anschluss an den 11. September 2001 wieder an Bedeutung gewonnen haben. Wir wollen auch nicht abstrakt und mit moralischer Geste den Lohnabhängigen in den kapitalistischen Metropolen und den Mittel- und Oberklassen in den so genannten (semi-)peripheren Ländern ihre Konsumgewohnheiten bzw. ihren Lebensstil vorhalten. Die Spaltungslinien bleiben erhalten und werden bewusst oder unbewusst reproduziert. Allerdings halten wir den Begriff „imperiale Lebensweise“ für geeignet, um eine Verbindung zwischen hegemonialen Alltagspraktiken, ökologischer Krise und zunehmenden imperialen Spannungen in der internationalen Politik deutlich zu machen. „Imperiale Lebensweise“ ist ein hegemonietheoretisch zu verstehender Strukturbegriff – wobei natürlich Strategien eine wichtige Rolle spielen. Mit ihm wird es möglich, die hegemoniale Verfasstheit im Sinne aktiver oder zumindest passiver Konsense bzw. die in vielen Bereichen geringe Brüchigkeit auch in Zeiten „großer Krisen“ herauszuarbeiten, um emanzipatorische Strategien zu entwickeln. Er geht über den klassischen oder neueren Imperialismusbegriff hinaus, in dem die Lebensweise in der Regel nicht berücksichtigt wird.

Der zentrale Widerspruch, der mit dem Aufstieg der Schwellenländer, vor allem Indiens und Chinas, manifest wird, ist, dass sich mit den Konsum- und Produktionsmustern des globalen Nordens eine Lebensweise tendenziell verallgemeinert, die aus einer ökologischen Perspektive nicht verallgemeinerbar ist. Die imperiale Lebensweise des globalen Nordens beruht, ökologisch gesehen, auf Exklusivität. Sie setzt voraus, dass nicht alle Menschen gleichermaßen auf die Ressourcen und Senken der Erde zugreifen. Nur dann lassen sich

ihre Kosten in Raum und Zeit externalisieren. In Anlehnung an die klassische Imperialismustheorie ließe sich sagen, dass der entwickelte Kapitalismus eines nicht-kapitalistischen oder zumindest eines weniger entwickelten Außen bedarf, damit er nicht an seinen ökologischen Widersprüchen zugrunde geht. In dem Maße, wie dieses Außen schrumpft, schwindet die Möglichkeit einer räumlichen und verkürzt sich der Horizont einer zeitlichen Externalisierung seiner ökologischen Kosten.

Das zeigt sich vor allem bei der Nutzung fossiler Energie, die der globale Norden zum großen Teil aus dem globalen Süden importiert und deren Nutzung die zentrale Triebkraft des Klimawandels ist (von dem die Menschen im globalen Süden stärker betroffen sind). Der imperiale Charakter der Lebensweise des globalen Nordens zeigt sich aber auch bei den Ressourcen des „Informationszeitalters“, z.B. den Metallen der seltenen Erden, wie sie etwa in China unter hochgradig gesundheits- und umweltgefährdenden Bedingungen gewonnen werden,⁵ sowie beim Umgang mit dem Müll der postfordistischen Entwicklungsweise, wenn etwa afrikanische Kinder aus europäischem Elektronikschrott unter Einsatz ihrer Gesundheit die wieder verwertbaren Teile herausklauben.

Die imperiale Lebensweise beinhaltet die Möglichkeit zunehmend konfliktträchtiger und gewaltförmiger internationaler Beziehungen, die dann aktualisiert wird, wenn die exklusive Inanspruchnahme menschlicher und natürlicher Ressourcen sowie von Senken durch den globalen Norden aufgrund von geopolitischen und -ökonomischen Verschiebungen infragegestellt wird. Genau dies ist derzeit der Fall. Der Aufstieg von Ländern wie Indien und China geht einher mit einer raschen Ausbreitung fossilistischer Produktions- und Konsummuster, die den Ressourcenbedarf dieser Länder ebenso steigern wie ihren Anspruch auf die Nutzung von Senken. Das Resultat sind öko-imperiale Spannungen zwischen den Mächten des globalen Nordens und den aufstrebenden Ländern des globalen Südens an. Sie entladen sich in Ressourcenkonflikten und – siehe die Klimakonferenz von Kopenhagen im Dezember 2009 – in der Blockade internationaler umweltpolitischer Terrains, auf denen um die – über die Zuteilung von „Verschmutzungsrechten“ vermittelte – Ermöglichung bzw. Beschränkung fossilistischer Entwicklung gerungen wird (Wissen 2010).

4. Imperiale Lebensweise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse

In der imperialen Lebensweise liegt unseres Erachtens der Schlüssel zur Erklärung der Gleichzeitigkeit von Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. Einige Aspekte erscheinen uns hier wichtig, die im Folgenden eher skizzenhaft ausgeführt werden.

⁵

Siehe Süddeutsche Zeitung vom 06./07. November 2010, S. 24 f.

Die gesellschaftliche Orientierung an materiellem Wachstum, die Basis des Steuerstaates, die institutionalisierten Kompromisse zwischen Lohnarbeit und Kapital wie auch die Konkurrenzverhältnisse zwischen Kapitalen und zwischen einzelnen Gesellschaften basieren tendenziell auf der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Das begründet die strukturelle Krisenhaftigkeit der herrschenden Formen der Naturaneignung. Gleichzeitig verleihen diese aber den kapitalistischen Dynamiken und Kompromissen eine gewisse Dauerhaftigkeit und tragen zur Bearbeitung anderer Krisenphänomene bei. Das gilt zum einen für die Überakkumulation von Kapital, die auch die gegenwärtige Wirtschaftskrise kennzeichnet. Dieses Krisenphänomen scheint auch dadurch bearbeitet zu werden, dass überschüssiges Kapital in „Natur“ (das heißt in Land, in den Anbau von Nahrungsmitteln und Agrartreibstoffen oder etwa auch in Emissionszertifikate) investiert wird (Zeller 2010). Die Ausbreitung (und selektive ökologische Modernisierung) der Produktions- und Konsummuster, wie sie der imperialen Lebensweise zugrunde liegen, wird auf diese Weise zum Medium der Bearbeitung von Akkumulationsproblemen.

Ein zweiter Aspekt ist die Reproduktion der Arbeitskraft und die damit verbundene Frage der Legitimation. Über eine Restrukturierung der internationalen Arbeitsteilung als Kern der „Globalisierung“ konnte der imperiale Zugriff auf das Arbeitsvermögen in Ländern des globalen Südens und auf die dortigen Ressourcen intensiviert werden. Liberale Investitions- und Handelspolitiken und eine Deregulierung von Rohstoff- und Produktmärkten mittels des Auslaufens von Preisstabilisierungsmaßnahmen oder der Errichtung der Welthandelsorganisation trugen dazu bei. Heute spielen staatliche Rohstoffpolitiken unter dem Vorzeichen der Energiesicherheit eine immer wichtigere Rolle.

Obwohl der gesamte Ressourcenaufwand etwa der Europäischen Union seit Mitte der 1980er Jahre auf hohem Niveau stagniert, hat sich nicht nur der Importanteil an Ressourcen erhöht, sondern auch der „ökologische Rucksack“⁶ der Importe, der in den exportierenden Ländern des globalen Südens anfällt. Der „ungleiche ökologische“ Tausch,⁷ der sich darin ausdrückt, versorgt die Ökonomien des globalen Nordens mit billigem Rohmaterial und trägt dazu bei, die Kosten der Reproduktion der Arbeitskraft vergleichsweise niedrig zu halten.

Der Hinweis auf den hegemonialen Charakter der imperialen Lebensweise übersieht nicht, dass es zu einer Ausdifferenzierung der Sozialstruktur kam, wobei hinsichtlich der Lebensweise verschiedene Milieus identifiziert werden können. Gerade für die alternativen „postmateriellen“ Milieus, die vielfach aus der Umweltbewegung entstanden sind oder ihr politisch und kulturell zumindest nahe stehen, aber auch für die konservativen Milieus sind Umweltfragen wichtig

⁶ Der „ökologische Rucksack“ bezeichnet das Gesamtvolumen an Ressourcen, die in ein Produkt eingehen, abzüglich des Eigenvolumens des Produkts.

⁷ Von „ungleichem ökologischen Tausch“ spricht man, wenn ein Land „auf Dauer ein höheres Volumen an Energien, Stoffen und – indirekt – Flächen importiert als es selber exportiert“ (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie 2005:71)

geworden. Allerdings zeigen Studien, dass Bewusstsein und Handeln in sozial-ökologischen Fragen nicht unbedingt Hand in Hand gehen. Gerade die Menschen mit hoher Bildung, relativ hohem Einkommen und hohem Umweltbewusstsein haben den höchsten Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch, während Klassen oder Milieus mit geringem Umweltbewusstsein, aber auch geringem Einkommen objektiv weniger Ressourcen verbrauchen (Wuppertal Institut 2008: 144-154).

Die ausdifferenzierten, gleichwohl in sozial-ökologischer Hinsicht allesamt mehr oder weniger problematischen Leitbilder eines guten Lebens, die – an Unternehmensstrategien gekoppelt und staatlich abgesichert – angestrebt und verinnerlicht werden, bilden einen Kern hegemonietheoretischer Erklärungen dafür, warum sich in der Krise „so wenig tut“.

Die Normalität der imperialen Lebensweise wirkt als Filter der Krisenwahrnehmung und Korridor der Krisenbearbeitung. Zumindest im globalen Norden wird die ökologische Krise primär als *Umwelt*problem und nicht als umfassende *gesellschaftliche* Krise wahrgenommen. Das leistet einer bestimmten Form der öffentlichen, tendenziell katastrophischen Politisierung und einer allenfalls inkrementellen Bearbeitung Vorschub: Bei der ökologischen Krise handelt es sich um eine Katastrophe, die darauf zurückzuführen ist, dass „der Mensch“ oder „die menschliche Zivilisation“ seine bzw. ihre „natürlichen Grenzen“ missachtet hat; menschliche „Eingriffe“ haben das natürliche Gleichgewicht gestört. Ausgeblendet wird, dass menschliche Eingriffe in die Natur immer schon sozial vermittelt sind. Dieser Kunstgriff ermöglicht es dann, die vorherrschenden sozialen Vermittlungen gleichsam zu naturalisieren, so dass Alternativen gar nicht oder nur in ihrem Rahmen denkbar werden. Das Resultat ist die Dominanz marktförmiger Muster der Krisenbearbeitung (wie etwa des Emissionshandels in der Klimapolitik), die auch von den BefürworterInnen einer weiterreichenden ökologischen Modernisierung bzw. eines Green New Deal nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden. Der im globalen Norden vorherrschende Krisendiskurs erkennt also die Existenz einer ökologischen Krise an, politisiert und bearbeitet sie aber auf eine Weise, dass die ihr zugrunde liegenden Produktions- und Konsummuster gerade nicht zur Disposition gestellt, sondern – nicht zuletzt durch ihre selektive ökologische Modernisierung – verstetigt werden.

Erleichtert wird dies durch die relative Mittelbarkeit vieler Aspekte der ökologischen Krise. Der Klimawandel äußert sich nicht direkt wie verdreckte Luft oder schmutzige Flüsse. Er ist allenfalls punktuell und mittelbar im Alltag erfahrbar – also etwa in Form von Stürmen und Starkregen, die von KlimatologInnen auf den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur zurückgeführt werden. Außerdem scheint er alle – unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Position – gleichermaßen zu betreffen. Schließlich wird er in erster Linie als künftige und globale Katastrophe imaginiert. Die Tatsache, dass die ökologische Krise zumindest im globalen Norden oft nur vermittelt über wissenschaftliche Beschreibungen erfahrbar ist, die zudem notwendigerweise bis zu einem gewissen Grad unsicher sind, öffnet ein Feld der

Deutungskämpfe, in dem Krisenwahrnehmungen mit grundlegenden sozialen Verhältnissen in Übereinstimmung zu bringen versucht werden.

VertreterInnen der Subalternen, die angesichts der Wirtschaftskrise in arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Fragen durchaus radikaler argumentieren und weiterführende Ideen entwickeln (vgl. Candeias/Röttger 2009), spielen hierbei eine wichtige Rolle. Wenn deutsche Gewerkschaften zur Einführung der Abwrackprämie geraten und mit der deutschen Regierung darüber verhandelt haben, oder wenn der Porschefahrer und Vorsitzende der deutschen Linken, Klaus Ernst, in einem programmatischen Beitrag für den „Freitag“ darüber nachdenkt, wie die Opposition aus der Defensive rauskommen kann, und dabei die ökologische Frage mit keinem Wort erwähnt,⁸ dann sind das Strategien bzw. Auslassungen, die nahtlos an die vorherrschende Krisendefinition anknüpfen. Der Zusammenhang zwischen ökologischer Krise und fossilistischen Produktions- und Konsummustern und damit auch der Charakter der ökologischen Krise als globale und soziale Verteilungsfrage wird also auch von führenden RepräsentantInnen der Lohnabhängigen und VerfechterInnen einer Umverteilungspolitik dethematisiert.⁹

Die imperiale Lebensweise impliziert, dass die ökologische Krise entweder als gegenüber sozialen Fragen nachrangiges Phänomen oder unter katastrophischen Vorzeichen thematisiert wird. In beiden Fällen wird ihr sozialer Charakter – ihre konstitutive Verbindung mit gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen sowie ihre sozial und global ungleichen Auswirkungen – unsichtbar gemacht. Dadurch wird technokratischen, marktförmigen und technikbasierten Lösungsstrategien Vorschub geleistet, die vom Emissionshandel über die Herstellung energieeffizienterer Autos bis hin zum Geoengineering¹⁰ reichen. Im Kern geht es darum, kapitalistische Naturverhältnisse, die eben nicht als solche, sondern als alternativlose Zwangsgesetzlichkeiten menschlicher Naturaneignung erscheinen, durch ihre Transformation auf Dauer zu stellen.

5. Schlussfolgerungen

⁸ Siehe „Klingt das wirklich so verrückt? Schwarz-Gelb wird von der Unfähigkeit der Opposition im Amt gehalten. Das muss sich ändern. Ein Vorschlag“ (Beitrag von Klaus Ernst in „Der Freitag“ vom 20.08.2010, <http://www.freitag.de/politik/1033-klings-das-wirklich-so-verr-ckt>).

⁹ In anderen Kontexten kann allerdings von einer emanzipatorischen Politisierung der ökologischen Krise gesprochen werden. Dies gilt für die entstehende Bewegung für Klimagerechtigkeit, die explizit eine Verbindung zwischen ökologischen und sozialen Fragen herstellt. In Bezug auf den globalen Süden konstatiert Bettina Köhler (2008), dass sich „zentrale soziale Konflikte zunehmend als Auseinandersetzungen um die Kontrolle und Bedingungen des Zugangs zu natürlichen Ressourcen bzw. allgemeiner um die Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse“ artikulieren.

¹⁰ Hierbei handelt es sich um (derzeit noch kaum praktizierte) technische Eingriffe in geochemische Prozesse wie die Düngung von Ozeanen, um deren CO₂-Absorptionskapazität zu erhöhen, oder die Beförderung von Schwefeldioxid in die Stratosphäre, um Sonnenstrahlen ins All zu reflektieren.

Die tiefe Verankerung der imperialen Lebensweise beinhaltet die alltägliche Reproduktion von Strukturen, die zur Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse beitragen, ohne dass diese Krise – und hier liegt der Unterschied zur ökonomischen Krise – bislang die Rede von einem „Bruch“ rechtfertigen würde. Anders gesagt begründet die imperiale Lebensweise die Gleichzeitigkeit von Kontinuität und Krise kapitalistischer Naturverhältnisse. *Imperial* ist sie deshalb, weil sie die prinzipiell unbegrenzte Aneignung von Ressourcen und Arbeitsvermögen des globalen Nordens *und* Südens sowie die überproportionale Inanspruchnahme der globalen Senken voraussetzt. Ihre tiefe Verankerung lässt sich mit der Senkung der Reproduktionskosten der Arbeitskraft erklären; ferner wird sie nicht nur durch gesellschaftliche Institutionen, sondern auch in den Mikrostrukturen des Alltags hegemonial reproduziert wird; die imperiale Lebensweise begünstigt eine Politisierung des Klimawandels (oder auch des Biodiversitätsverlusts) auf eine Weise, die dessen spezifische soziale Vermittlung unsichtbar macht und deshalb die Strukturprinzipien der kapitalistischen Produktionsweise nicht länger als Krisenursache, sondern als alternativlose Lösungsmechanismen erscheinen lässt.¹¹

Der politische und wissenschaftliche Mehrwert des Konzepts „imperiale Lebensweise“ liegt unseres Erachtens in folgenden Punkten: Erstens kann zeitdiagnostisch mit ihm erklärt werden, dass der oft als notwendig angesehene „ökologische Umbau“ nicht nur von mächtigen ökonomischen und politischen Interessengruppen gebremst oder verhindert wird, sondern auch, weil die Bestimmungsfaktoren der ökologischen Krise in den politischen, ökonomischen und kulturellen Alltagsstrukturen verankert sind (der Weltmarkt ist ein die tägliche Lebensweise organisierendes Verhältnis). Das Konzept der imperialen Lebensweise bewahrt deshalb vor zu hohen Erwartungen an staatliche und intergouvernementale Politiken im Hinblick auf eine grundlegende Transformation der Naturverhältnisse, denn es sind die herrschaftlichen gesellschaftlichen (Kräfte-)Verhältnisse und dominanten Orientierungen, die den Naturverhältnissen zugrunde liegen und von staatlichen Politiken allein nicht überwunden werden können. Das zeigt sich etwa bei den progressiven Regierungen in Lateinamerika, die bislang kaum Alternativen zum weltmarktorientierten „Extraktivismus“, also zur unbedingten Förderung von Rohstoffen und zum Anbau landwirtschaftlicher Produkte und ihrem Verkauf auf dem Weltmarkt (Gudynas 2009; www.otrodesarollo.org), entwickelt haben. Sie wollen, als Ergebnis sozialer Kämpfe um bessere Verteilung, mehr vom Weltmarktkuchen abhaben, stellen aber den Kuchen selbst sowie die Bedingungen seiner Herstellung nicht infrage.

11

Siehe hierzu auch Erik Swyngedouw (2010: 223): "die dominante politische Architektur im Bereich der Klimapolitik nimmt an, dass der maßlose Zustand nicht ein Teil des Funktionierens des Systems selbst ist, sondern eine Abweichung, die dadurch 'geheilt' werden kann, dass ausgerechnet die inneren Dynamiken und Logiken des Systems mobilisiert werden (Privatisierung von CO₂, Kommodifizierung und freies Marktgeschehen via Kohlenstoffhandel oder Emissionsausgleich" (Übersetzung U.B./M.W.).

Zweitens relativiert das Konzept der imperialen Lebensweise die hohen Erwartungen an gute Argumente, rationale öffentliche Diskurse oder aufgeklärte Eigeninteressen „der Menschheit“ oder gar der herrschenden Kräfte. Denn diese fallen oft entweder durch das Wahrnehmungsraster tief verankerter Orientierungen oder werden von diesen selektiv integriert, mit dem Ergebnis einer Festigung statt Infragestellung bestimmter Konsum- und Produktionsmuster gerade durch ihre partielle Modernisierung. Ähnliches gilt für viele (vermeintlich) alternative Ansätze, in denen Hegemonieprobleme zumindest stark unterbelichtet bleiben, wie das Projekt eines Green New Deal. Noch in den 1990er Jahren wurde hierunter eine gesellschaftliche Bündnisstrategie verstanden, in dessen Rahmen sich die soziale und die ökologische Frage sowie ihre gesellschaftlichen Protagonisten – Gewerkschaften und Sozialdemokratie einerseits, grüne Parteien und neue soziale Bewegungen andererseits – zusammenführen ließen (Brüggen 2001). Heute fehlt es dem Projekt an einer solchen bündnispolitischen Orientierung bzw. beschränkt diese sich auf neoliberal eingefärbte Grüne und ökobewusste Unternehmen mit dem Ziel einer Modernisierung statt Überwindung der Produktions- und Konsummuster, wie sie der imperialen Lebensweise zugrunde liegen (vgl. Brand 2009; Candeias/Kuhn 2008).

Drittens wirft das Konzept der imperialen Lebensweise Licht auf die Voraussetzungen, Ansatzpunkte und Formen einer emanzipatorischen Politisierung der ökologischen Krise. Zunächst erscheint es uns wichtig, sich dem ökologischen Katastrophismus zu widersetzen, der, wie gesehen, selbst ein Instrument der Verstetigung jener Verhältnisse ist, die für die imaginierte Katastrophe ursächlich sind. Das bedeutet nicht, die Augen vor den wohl begründeten Szenarien etwa des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) zu verschließen. Aber selbst wenn die Zeit drängt, nicht zuletzt wegen des möglichen Erreichens klimatischer Umschlagpunkte (wie des Auftauens von Permafrostböden, durch das gewaltige Mengen des aggressiven Treibhausgases Methan freigesetzt würden), gilt es, am komplizierten und widersprüchlichen Projekt der Emanzipation festzuhalten und sich autoritären und technokratischen Formen der Krisenbearbeitung zu widersetzen, weil diese die Probleme überhaupt nicht lösen würden.

Zentral ist es in diesem Zusammenhang, die auch in der Linken weit verbreitete Dichotomisierung von Gesellschaft und Natur zu überwinden, die sich politisch unter anderem darin niederschlägt, dass die ökologische gegen die soziale Frage ausgespielt wird. Die Tendenz, Ökologie zum Nebenwiderspruch zu erklären, besteht gerade in der aktuellen ökonomischen Krise, in denen ökologischer Katastrophismus („Wir haben nur noch wenig Zeit“) und Ignoranz gegenüber ökologischen Fragen („Für so was ist jetzt keine Zeit“) eine unheilige Allianz eingehen. Gleichzeitig gibt es aber auch deutliche Anzeichen, dass die ökologische Frage als soziale Frage politisiert wird (und umgekehrt). Dazu gehört das vor und während der Klimakonferenz von Kopenhagen von sozialen Bewegungen propagierte

Konzept der Klimagerechtigkeit, in dem der Klimawandel nicht als sozial neutrale künftige Katastrophe, sondern als soziale und globale Verteilungsfrage gedacht wird.

Auf einer analytischen Ebene geht es dabei darum, die strukturellen Selektivitäten staatlicher Politik, die bestimmte Interessen sowie Formen des Wissens über die ökologische Krise gegenüber anderen privilegieren, zu identifizieren, zu erklären und im Hinblick auf ihre Politisierbarkeit einzuschätzen (das konnte in diesem Beitrag nicht ausgeführt werden; vgl. Wissen 2010). Politisch sehen wir eine zentrale Herausforderung darin, Ziele und Forderungen so zu formulieren, dass sie eine konkrete Intervention ermöglichen und gleichzeitig die bestehenden Spielregeln – mit anderen Worten: die Formbestimmtheit staatlich regulierter Konflikte – infrage stellen. Dies gelingt dann am besten, wenn soziale Konflikte an Alltagspraktiken rückgekoppelt sind, wofür es bei ökologischen Fragen eine ganze Reihe von Ansatzpunkten gibt – etwa in den Bereichen Mobilität, Ernährung oder Energiekonsum. Gerade hierfür sensibilisiert das Konzept der imperialen Lebensweise: Wenn die zentralen Bestimmungsfaktoren der ökologischen Krise und ihre macht- und herrschaftsförmigen Bearbeitungsmuster in gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und Alltagspraktiken verankert sind, dann ist dies auch ein wichtiger Ort gegenhegemonialer Kämpfe.

Literaturverzeichnis

- Altwater, Elmar (1992): Der Preis des Wohlstands - oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung. Münster.
- Barfuss, Thomas (2002): Konformität und bizarres Bewusstsein. Zur Verallgemeinerung von Lebensweisen in der Kultur des 20. Jahrhunderts. Hamburg.
- Brand, Ulrich (2009): Schillernd und technokratisch: Grüner New Deal als *magic bullet* in der Krise des neoliberal-imperialen Kapitalismus? In: PROKLA 39(3).
- Brüggen, Willi (2001): Grüner New Deal. In: Wolfgang-Fritz Haug (Hg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus 5, Hamburg.
- Candeias, Mario/Frank Deppe (Hg.): Ein neuer Kapitalismus? Hamburg.
- Candeias, Mario/Armin Kuhn (2008): Grüner New Deal - kapitalistischer Weg aus der Krise? In: Das Argument 50(6).
- Candeias, Mario/Bernd Röttger (2009): Ausgebremste Erneuerung? Gewerkschaftspolitische Perspektiven in der Krise. In: Das Argument 51(6).
- Conca, Ken (1993): Environmental Change and the Deep Structure of World Politics. - In: Lipschutz, Ronnie/Conca, Ken (Hg.): The State and Social Power in Global Environmental Politics. New York.

- Goldman, Michael (2004): Eco-governmentality and other transnational practices of a "green" World Bank. In: Richard Peet/Michael Watts (Hg.): Liberation Ecologies. Environment, Development, Social Movements. London.
- Gudynas, Eduardo (2009): Estado y mercado en América Latina: una pareja desapareja. Cuando el mercado es plural y el Estado es heterogéneo. In: Nueva Sociedad 221, Mai/Juni.
- Haug, Frigga (2010): Krise. In: Wolfgang Fritz Haug/Frigga Haug/Peter Jehle (Hg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 7/II. Hamburg.
- Köhler, Bettina (2008). Das Ökologische ist (wieder) politisch. Malmö: 18.
- Luke, Timothy W. (1999): Environmentality as Green Governmentality. In: Eric Darier (Hg.): Discourses of the Environment. Oxford.
- Sablowski, Thomas (2009): Die Ursachen der neuen Weltwirtschaftskrise. In: Kritische Justiz(2).
- Swyngedouw, Erik (2010). Apocalypse Forever? Post-political Populism and the Spectre of Climate Change. In: Theory, Culture & Society 27(2–3): 213–232.
- Wissen, Markus (2010): Klimawandel, Geopolitik und „imperiale Lebensweise“. Das Scheitern von „Kopenhagen“ und die strukturelle Überforderung internationaler Umweltpolitik. In: Kurswechsel(2).
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (2005): Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. München.
- Zeller, Christian (2010): Die Natur als Anlagefeld des konzentrierten Finanzkapitals. In: Falko Schmieder (Hg.): Zur Kritik der Politischen Ökologie heute. Bern.